



## Pressemitteilung

### **Bundesweiter Aktionstag „Kommunen am Limit“; Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt und Landkreistag Sachsen-Anhalt warnen vor desaströser Finanzlage der Kommunen – Appell an Bund und Länder zur politischen Lösung**

**Sachsen-Anhalt, 22.06.2026** – Kommunen sind der zentrale Ort des alltäglichen Zusammenlebens: Hier erfolgt die Kindertagesbetreuung und Beschulung, werden Feuerwehren zum Schutz der Bevölkerung und der ÖPNV zur örtlichen Mobilität genauso vorgehalten wie Kulturangebote oder die Unterstützung von Vereinen. Ohne stabile Kommunal Finanzen können diese Leistungen vor Ort nicht dauerhaft gewährleistet werden. Viele Bürgerinnen und Bürger erleben bereits heute Einschränkungen in der Daseinsvorsorge: sanierungsbedürftige Straßen, verkürzte Öffnungszeiten kommunaler Einrichtungen und weniger Kultur oder Unterstützungsangebote.

Zum heutigen bundesweiten Aktionstag „**Kommunen am Limit**“ weisen der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt und der Landkreistag Sachsen-Anhalt auf die außerordentlich angespannte Finanzlage vieler Kommunen nicht nur bundesweit, sondern auch in Sachsen-Anhalt hin, die sich u. a. in einem stetigen Anstieg der Kassenkredite auf zuletzt 1,7 Mrd. Euro offenbart. Die Ursachen liegen insbesondere in einer anhaltend hohen Ausgabendynamik, auf die die Kommunen selbst kaum Einfluss haben.

Um aktuelle Aufgaben schultern zu können, schränken Kommunen bundesweit bereits heute bestehende Angebote ein und erhöhen gezwungenermaßen Abgaben oder die Verschuldung – mit langfristig belastender Zins- und Tilgungslast. Eine Umkehr dieser Entwicklung ist nicht in Sicht, umso dringlicher ist es, zeitnah nachhaltige Entlastungen der Kommunen zu beschließen. Ansonsten drohen weitere Einschnitte im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. *„Das schwächt nicht nur die kommunale Ebene, sondern gefährdet das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates insgesamt“*, betonen Götz Ulrich, Präsident des Landkreistages Sachsen-Anhalt und Andreas Dittmann, Präsident des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt.

Beide Kommunalen Spitzenverbände richten daher ihren dringenden Appell in Richtung Bund und Länder, die in wichtigen Themen bereits eingeleiteten Reformprozesse konsequent voranzubringen. Das gilt insbesondere für die zentralen Punkte: Finanzreform, Sozialstaatsreform und Bürokratieabbau. *„Nur bei strikter Einhaltung der Verantwortungskonnexität und zügiger Vorlage von Ergebnissen im Reformprozess verbunden mit wirksamen Maßnahmen kann eine spürbare Entlastung für die Kommunen erzielt werden.“*, sind sich beide kommunalen Spitzenverbände einig.

Die Vorschläge hierfür liegen auf dem Tisch, so Ulrich und Dittmann heute in Magdeburg, die zudem bei Bund- und Ländern zwar weniger ein Erkenntnis- aber vor allem ein Umsetzungsproblem verortet sehen. So fordern die Kommunen u. a.:

- eine erhöhte Beteiligung der Kommunen am Umsatz- und Einkommensteueraufkommen,
- zeitnahe, verlässliche und strukturelle Entlastungen bei kommunalen Aufgaben, insbesondere den Sozialausgaben,
- eine deutliche Stärkung der Veranlassungskonnexität („Wer bestellt, der bezahlt!“), um Bund und Länder stärker in die Finanzierungsverantwortung für die von ihnen ausgelösten Aufgaben einzubinden,
- den u. a. durch die Initiative für einen handlungsfähigen Staat eingeleiteten Prozess zur Staatsmodernisierung inklusive Bürokratie- und Standardabbau tatkräftig fortzusetzen und
- mehr Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung.

Vor diesem Hintergrund heben die beiden Kommunalen Spitzenverbände den vom Land Sachsen-Anhalt bei der Verwendung des Sondervermögens eingeschlagenen Weg hervor. Die hier schnell und unbürokratisch umgesetzte Kommunalpauschale sollte als Blaupause auf Bundes- und Landesebene Schule machen.

\*\*\*

Bundesweit beteiligen sich heute Städte, Landkreise und Gemeinden am Aktionstag „**Kommunen am Limit**“, um auf die dramatische kommunale Finanzsituation aufmerksam zu machen. Zu diesem Aktionstag fordern auch die drei kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – von Bund und Ländern, endlich entschlossen zu handeln und wirksame Maßnahmen gegen die kommunale Finanzkrise zu ergreifen.